



WIRTSCHAFTSBEIRAT
BAYERN

Memorandum

Den Gesundheits- und Pharmastandort Bayern und Deutschland wieder attraktiver machen

**Ergebnisse des Gespräches mit Staatsminister Klaus Holetschek, MdL
am 25. Februar 2021**

**Dr. Johannes Zwick
Vorsitzender des Ausschusses Gesundheitswirtschaft**

München, im März 2021

Ottostraße 5, 80333 München,
Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: info@wbu.de
Präsidentin: Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Generalsekretär: Dr. Johann Schachtner

Das Gespräch des Wirtschaftsbeirats Bayern mit Staatsminister Klaus Holetschek, MdL am 25. Februar 2021 hat vier Punkte zum Ergebnis gehabt, die von zentraler Bedeutung sind, wenn es darum geht, den Gesundheits- und Pharmastandort Bayern und Deutschland wieder attraktiver zu machen.

Erstens: Big Data

Die Unternehmen der Gesundheits- und Pharmabranche in Deutschland und Europa verfügen über eine Expertise auf dem modernsten Stand der Forschung und gehören zu den innovativsten weltweit. Um im Wettbewerb mit Technologieriesen der USA und Staatsunternehmen aus China mithalten zu können, brauchen sie aber die Verfügbarkeit von und den Zugang zu Daten aus Medizin und Gesundheitsbereich in großem Stil. Innovationen haben dabei strukturierte, detaillierte und kuratierte medizinische Daten zur Voraussetzung. Deshalb ist nicht nur ein rechtssicherer Zugang zu Daten für qualifizierte Datennutzer aus den Bereichen Klinik, akademische Wissenschaft und Technologieanbieter (Startups, Implantat- und Instrumente-Hersteller, Medizintechnikhersteller, pharmazeutische Unternehmen) nötig, sondern auch die Förderung der Erhebung strukturierter Daten mit einheitlicher Semantik. Wir wissen, dass die moderne Medizin sich auf Daten, Daten, Daten stützt.

Datenschutz ist wichtig. Ein falsch verstandener, zu rigoroser Datenschutz stellt dabei jedoch ein größeres Hemmnis für die deutsche medizinische Forschung – egal in welchen Bereichen – dar. Datenschutz richtig verstanden muss die Persönlichkeitsrechte der Bürger und Patienten schützen, aber Daten müssen für das Gemeinwohl und für das Wohl der Patienten bestmöglich genutzt werden können. Die DSGVO bietet die Grundlage für eine von den Bürgerinnen und Bürgern gesteuerte Datenfreigabe.

Die Verfügbarkeit von Daten ermöglicht gezieltere Strategien in der Gesundheitspolitik. So konnten aktuell in Israel bei den Impfungen schnellstens Daten zu wissenschaftlichen Zwecken erhoben werden. Der Befund, dass Geimpfte keine Virusträger mehr sind, lässt wichtige Schlussfolgerungen für den weiteren Umgang mit der Pandemie zu. In Deutschland fehlt es an der systematischen digitalen Erfassung der Daten, zu oft wird noch mit Papier und Fax statt mit digitalen Werkzeugen gearbeitet, es fehlt an der Koordination der unterschiedlichen Beteiligten bis hin zu den Ländern und der Deutsche Datenschutz baut weitere Hürden für die Verwertung der Daten auf.

Eine Schlussfolgerung aus der Corona-Pandemie muss lauten: Daten im großen Stil erheben, die öffentliche Verwaltung v. a. im Gesundheitsbereich konsequent digitalisieren, Daten der Wissenschaft und den forschenden Unternehmen (pseudonymisiert) zur Verfügung stellen, den Datenschutz modernisieren und flexibilisieren, Landesdatenschutzgesetze vereinheitlichen, Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Gestaltung der Datennutzung einbeziehen wie z. B. durch einen digitalen Datenfreigabepass, um einerseits den Bürgerinnen und Bürgern sichere digitale Identitäten zu gewährleisten und zugleich Daten im großen Stil für den medizinischen Fortschritt nutzen zu können. Gesundheitsschutz geht vor Datenschutz!

Zweitens: Startups

Startups sind die zentralen Innovatoren und Treiber des Fortschritts in einer technologiegeprägten Welt, auch im Gesundheitswesen und im Pharmabereich. Deutschland und Europa haben hier viel Potenzial an ideenreichen kreativen Gründern und jungen Startups. Biontech ist dafür ein überzeugendes Beispiel. Es fehlt aber an einem gründerfreundlichen Umfeld, zu viele scheitern in der Wachstumsphase daran, ihre weitere Entwicklung zu finanzieren, zu viele müssen dafür auf ausländische Kapitalmärkte ausweichen.

Deutschland braucht mehr an entsprechenden Inkubator-Systemen, auch Bayern. Es müssen weitere digitale Gründerzentren, Inkubatoren und Entrepreneurship-Zentren aufgebaut werden. Ziel ist es, in einem ersten Schritt für junge Startups eine Umgebung zu schaffen, in der sie ihre Ideen entwickeln und aufbauen können.

Als zweites müssen die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in Wagniskapital im Vergleich zu anderen Ländern in Deutschland spürbar verbessert werden. Ziel muss es sein, jungen Unternehmen die Möglichkeit zu bieten, für die Finanzierung in Deutschland bleiben zu können und nicht aufs Ausland ausweichen zu müssen oder gar abzuwandern. Konkret müssen wir in Deutschland um den Faktor zehn mehr an Venture Capital für das Inland mobilisieren, als wir es derzeit tun.

Drittens: Patentschutz

Ein verlässlicher Patentschutz war Anreiz und notwendige Voraussetzung für die Pharmaunternehmen im Wettbewerb, um in einer Rekordzeit von nur einem Jahr mehrere wirksame Impfstoffe gegen Corona auf den Markt zu bringen. Firmen wie Biontech oder Curevac hätte es ohne Patentschutz erst gar nicht gegeben. Forschung im Pharmabereich wie im gesamten Gesundheitswesen ist sehr aufwendig, erfordert oft jahrelange Arbeit, ist kostenintensiv und birgt hohe Risiken für die forschenden Unternehmen. Das können Unternehmen nur dann auf sich nehmen, wenn sie auch die Chance haben, diesen Aufwand über angemessene Preise bei Verkauf der Produkte auch wieder erwirtschaften zu können. Die Förderung des Parallelhandels ist auch im Sinne der Patientensicherheit abzustellen. Vorschläge wie eine Aussetzung der Impfstoff-Patente (WTO) und deren zur-Verfügung-Stellung an konkurrierende Hersteller, Exportverbote von Impfstoffen, Debatten über eine staatliche Notimpfstoffwirtschaft etc. sind kontraproduktiv. Wird den Unternehmen im Gesundheits- und Pharmabereich Investitionssicherheit genommen, wird weniger geforscht, weniger vor Ort produziert, droht eine Abwanderung dieser Wertschöpfung in andere Regionen der Welt. Insofern müssen Patentrechtsverletzungen auch in Deutschland – wie im Falle der Missachtung von Verwendungspatenten durch die gesetzliche Substitutionsregelung für Arzneimittel – konsequent verhindert werden. Das Vertrauen der Unternehmen in den Patentschutz ist zentrale Voraussetzung dafür, dass auch weiterhin medizinischer Fortschritt gelingt und für künftige Pandemien schnell Impfstoffe und Medikamente auf den Markt

gebracht werden können. Wir dürfen den Gesundheits- und Pharmastandort Deutschland und Europa nicht schwächen, wir müssen ihn stärken.

Viertens: Privat-öffentliche Partnerschaften

Um erneut eine europäische Vorreiterrolle bei der Bereitstellung innovativer Impfstoffe und Therapien einnehmen zu können, braucht Deutschland frischen Rückenwind für die hiesige Forschungs- und Produktionsinfrastruktur. Ein stärkerer Fokus muss auf die Entwicklung belastbarer Netzwerke gelegt werden: für die Durchführung klinischer Studien, für den Aufbau von Bio-, Forschungs- und Gesundheitsdatenbanken, für die Förderung innovativer Produktion. Diese Notwendigkeit gilt insbesondere auch für Mechanismen öffentlich-privater Partnerschaften (*Public-Private Partnership, PPP*), die in der Praxis angelegt, aber zu oft noch unterentwickelt sind.

Im internationalen Vergleich zeigt sich die Stärke belastbarer PPPs bei der Optimierung von Impfstoff- und Arzneimittelentwicklung: Sie unterstützen die Entwicklung von Standards zur Bewertung von Wirksamkeit, Sicherheit und Qualität; sie verkürzen die Zeit bis zum Erreichen klinischer Wirksamkeitsnachweise in der Medikamentenentwicklung, bspw. für Krebs, immunologische, respiratorische, neurologische und neurodegenerative Erkrankungen; sie erhöhen die Erfolgsquote von Forschungsprogrammen in Bereichen hohen medizinischen Bedarfs; sie stimulieren die Entwicklung von Therapien in Bereichen, in denen es nur begrenzte Marktanreize gibt (bspw. antimikrobielle Resistenzen); sie reduzieren die Ausfallrate von Impfstoffkandidaten in klinischen Studien.

Pharmazeutische Unternehmen arbeiten bereits heute in frühen, vorwettbewerblichen Stadien der Forschung zusammen, um die globale biomedizinische Expertise mit den Fähigkeiten der pharmazeutischen Industrie zu kombinieren. Aktuelle Bemühungen zur besseren finanziellen und technischen Förderung von PPPs im Rahmen der europäischen Arzneimittelstrategie sind daher zu begrüßen, der bisherige Fokus ausschließlich auf kleine und mittlere Unternehmen, akademische Einrichtungen und Non-Profit-Organisationen ist aber zu eng und muss erweitert werden. Von Deutschland und Bayern sollten entsprechende Impulse ausgehen, um die Prozesse der Impfstoff- und Arzneimittelentwicklung für die Zukunft besser aufzustellen: Die Durchlässigkeit öffentlich-privater Partnerschaften in der Gesundheitsforschung bietet wichtige Anreize und Optionen für alle Beteiligten.